

Karlsruhe mit Links.

Die Linke

Kreisverband
Karlsruhe

Liebe Karlsruher*innen,
wir wollen eine Politik für
Bewohner:innen. Wir setzen uns ein
für eine **vielfältige, inklusive und
nachhaltige** Stadt, in der die
Bedürfnisse der Menschen im
Vordergrund stehen.

Dazu gehören guter und bezahlbarer
Wohnraum, gute und sichere
Arbeitsplätze, gute Schulen,
kostenfreie Kitas, eine intakte
Umwelt, ein gutes und soziales
Gesundheitssystem, ein kostenfreier
Nahverkehr, bezahlbare Kultur- und
Sportangebote. Dazu gehört eine
klare Haltung gegen rechts und für
eine solidarische
Willkommensgesellschaft.
Wir wollen die Weichen für ein
lebenswertes, klimaresilientes und
sozial gerechtes Karlsruhe stellen.

Unsere Kandidat*innen streiten
gegen ein „weiter so“ – **gegen
Ausbeutung von Mensch und
Umwelt, gegen Armut, soziale
Ausgrenzung, Rassismus und
Krieg**. Wir wollen eine Umkehr in der
Verteilung des Reichtums in unserer
Gesellschaft. Dazu gehört ein Stopp
der Haushaltskürzungen in allen
sozialen Bereichen.
Das können wir gemeinsam
erreichen. Dafür treten wir zu den
Kommunalwahlen an und dafür
benötigen wir eure Stimmen am 9.
Juni für eine soziale, ökologische und
solidarische Politik.



Am 09. Juni Die Linke wählen!



Karlsruhe als Sorgende Stadt

Wir wollen aus Karlsruhe eine „sorgende Stadt“ machen, in der die Bedürfnisse aller ihrer Bewohner*innen im Zentrum politischer Entscheidungen stehen. Auf die Sorge anderer angewiesen zu sein, ist kein Ausnahmefall des Lebens. Säuglinge, Kinder, Kranke und Pflegebedürftige brauchen Unterstützung. **Sorgearbeit ist systemrelevant.** Unser Leben und unsere Volkswirtschaft funktionieren ohne Care-Arbeit nicht. Wir wollen die Sorge um uns und andere ins Zentrum unserer Politik stellen.



Leider sieht die Realität heute ganz anders aus: Städtische und öffentliche Infrastrukturen werden immer weiter abgebaut, der freie Markt ersetzt sie nur begrenzt und zu viel zu hohen Preisen.

Immer mehr Aufgaben – insbesondere bei der Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Gesundheitsversorgung und Assistenz – müssen privat, nach wie vor

vorwiegend von FINTA* (Frauen, Inter-, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Menschen) übernommen werden. Eine echte Lösung kann es nur geben, wenn Sorgearbeit vergesellschaftet und demokratisch organisiert wird.

Daseinsvorsorge zurück in öffentliche Hand!

Wir wollen, dass **keine Profite mit Krankenhäusern** und Pflegeheimen gemacht werden. **Kitas und Ganztagschulen müssen kostenfrei** sein. Das bedeutet bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und Pflegekräften.

Wir wollen, dass Menschen gewaltfrei und vertrauensvoll zusammenleben und sich selbstbewusst bewegen können.

Dazu muss die **Istanbulkonvention** zum Schutz vor häuslicher Gewalt umgesetzt werden. Frauenhäuser müssen ausgebaut und finanziell gut ausgestattet werden. Notrufknöpfe gehören an die Bahn- und Bushaltestellen.

Straßen und Parks gehören so gestaltet, dass insbesondere Frauen und queere Menschen keine Angst vor Gewalt haben müssen.

Utopien sind machbar.

Was bei uns Utopie ist, beginnt in anderen Städten bereits: in Barcelona, in Madrid oder Lateinamerika. **Eine linke Politik muss feministisch sein**, das ist unsere Utopie der sorgenden Stadt und mit weniger wollen wir uns nicht abfinden. Schritte in diese Richtung lassen sich am besten lokal erstreiten, dort wo Menschen sorgen und auf Sorge angewiesen sind.



Franziska Buresch - Platz 1

Ich habe Lehramt studiert, arbeite mittlerweile allerdings als wissenschaftliche Mitarbeiter*in. Ich weiß daher aus eigener Erfahrung, wie es ist, sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie ständiger Befristung über Wasser zu halten. Deshalb bin ich nicht nur Mitglied in einer Gewerkschaft sondern auch Teil der Linken. Die Linke ist die einzige Partei, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenrechte einsetzt – und das von der kommunalen bis zur europäischen Ebene. Als queerer Mensch mit Behinderung, liegen mir besonders soziale Themen wie Teilhabe und Inklusion am Herzen.

Um endlich die Mehrheit zu entlasten statt Gewinne für Wenige zu ermöglichen, müssen wir jetzt massiv in soziale Projekte investieren. Das ist nicht nur wichtig im Kampf gegen Diskriminierung. Es ist auch eine effektive Maßnahme, im Kampf gegen Rechts und um einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Statt marginalisierte Gruppen gegeneinander auszuspielen, müssen wir ein gutes Leben für alle ermöglichen!

Karlsruhe muss eine Stadt für alle werden. Das heißt auch, dass wir unsere Verantwortung als Sicherer Hafen endlich gerecht werden müssen.



Ich möchte Stadträt*in werden, weil ich eine Stimme für diejenigen sein möchte, die sonst nicht gehört werden.

Menschen, die hier Schutz suchen müssen auch wirklich ankommen können – und das inmitten der Gesellschaft.

Gesundheit und Arbeitszeitdebatte

Das Gesundheitssystem steht vor einer Herausforderung: Flucht aus dem Beruf, hohe Teilzeitquote, Nachwuchsmangel und damit ein wachsender Fachkräftemangel. Dieses Problem betrifft nicht nur eine Region oder ein Land, sondern ist global spürbar. Die Lösung für diese Krise geben die politisch Aktiven im Gesundheitssystem selber: 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte stünden durch Rückkehr in den Beruf oder Aufstockung zusätzlich zur Verfügung, schreibt die Hans-Böckler-Stiftung - falls sich die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Eine Möglichkeit, diese Ansätze umzusetzen, könnte die **Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich** sein. Denn nach Jahren des Stillstands nehmen die Nachrichten über Experimente mit der Vier-Tage-Woche zu. Von Island über Großbritannien bis Spanien, von Unternehmen über NGOs und öffentliche Dienststellen wagen immer mehr Arbeitgeber erfolgreich diesen Schritt.



Warum nicht auch im Gesundheitswesen? Eine Vier-Tage-Woche könnte dazu beitragen, die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu reduzieren und gleichzeitig ihre Zufriedenheit zu steigern. Medizinische Einrichtungen könnten dazu beitragen, Burnout und Erschöpfung zu bekämpfen, die Ursachen für den Abgang von Fachkräften sind.

Dies gilt nicht nur für die Pflegebranche. Sozialarbeiter*innen oder Lehrpersonal, die zu wenig Zeit haben, verlassen den Beruf oder reduzieren ihre Stunden, um sich zu schützen. Viele Verkehrsunternehmen haben Schwierigkeiten, neue Lokführer*innen oder Busfahrer*innen zu gewinnen, da die Beschäftigten über Stress klagen. Die Reaktion der Unternehmensverbände auf Arbeitszeitverkürzungen ist so vorhersehbar wie falsch: Sie behaupten, dass solche Maßnahmen die Wirtschaft beeinträchtigen würden, obwohl Studien das Gegenteil beweisen.

Eine Vier-Tage-Woche ist nicht nur ein Beitrag zu einer moderneren Wirtschaft, sondern auch eine Frage der **Geschlechtergerechtigkeit**. Frauen leisten - gerade im Gesundheitssystem - oft Teilzeitarbeit, um private und berufliche Verpflichtungen zu vereinen, was zu niedrigeren Einkommen und einem



höheren Risiko der Altersarmut führt. Eine Stundenreduktion bei vollem Lohnausgleich würde Teilzeitkräften zugutekommen und eine fairere Verteilung von Sorgearbeit ermöglichen.

Auch ökologisch gesehen entstehen Vorteile. Die ständige Fokussierung auf Wachstum ist keine nachhaltige Strategie, besonders in Zeiten der Klimakrise. Es ist an der Zeit, die steigende Produktivität in kürzere Arbeitszeiten umzuwandeln. Die Vier-Tage-Woche im Gesundheitswesen ist eine vielversprechende Lösung für den Fachkräftemangel und könnte dazu beitragen, die Herausforderungen im Gesundheitswesen anzugehen und die **Patient*innenversorgung zu verbessern**. In Anbetracht dieser Aspekte ist dies nicht nur eine Antwort auf den Fachkräftemangel, sondern auch ein Schritt in Richtung einer **gerechteren, produktiveren und nachhaltigeren Zukunft**.

Christina Zacharias - Platz 2

Ich bin seit meiner Ausbildung als Pflegerin in der Krankenhausbewegung aktiv. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen habe ich gelernt, dass gewerkschaftliche Organisation unerlässlich ist und Verbesserungen nicht von alleine passieren, sondern sich gegen viel Druck durchsetzen müssen.

Die Linke ist die einzige Partei, die die Interessen der Beschäftigten nicht nur auf der Straße sondern auch in den Parlamenten konsequent vertritt. Daher werde ich auch im Gemeinderat für bessere Arbeitsbedingungen wie z.B. Die

4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich kämpfen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und mehr Geschlechtergerechtigkeit bei Lohn- und Sorgearbeit zu schaffen. Der Kampf um Arbeitszeit bedeutet auch den Kampf um das gute Leben für alle. Ich setze mich außerdem für den legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen vor Ort ein, denn dies gehört zur Gesundheitsversorgung. Für mich ist es wichtig, im Stadtrat nicht die Verbindung zu uns nahestehenden Bündnissen und Organisationen zu verlieren - denn ihre Expertise ist auch für unsere politische Arbeit wichtig.



Ich möchte Stadträtin werden, weil Verbesserungen noch nie von alleine passiert sind, sondern erkämpft werden müssen.

Mieten und Wohnen

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Gute, bezahlbare Wohnungen für Alle – das muss das Ziel kommunaler Wohnungspolitik sein.

Denn Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxus sein!

Für viele Menschen ist Wohnen in Karlsruhe kaum noch bezahlbar. Nicht selten kostet das Dach über dem Kopf den Mieter*innen die Hälfte ihres Einkommens. Besonders schwer haben es Haushalte mit nur einem Einkommen wie Alleinerziehende.

Zwischen 2015 und 2019 sind die Mieten in Baden-Württemberg über 22% gestiegen. Inflation, explodierende Nebenkosten und höhere Lebensmittelpreise lassen die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden. Was hingegen sinkt: Die Zahl der Sozialwohnungen. Die Anzahl der Menschen in Karlsruhe, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und somit geförderten, bezahlbaren Wohnraum haben, ist groß und wächst weiter, doch die Wohnungen sucht man vergebens. Gerade mal 2,3% des Karlsruher Wohnungsbestandes waren im Jahr 2022 sozial geförderter Wohnraum.

Diese jahrzehntelang betriebene Wohnungspolitik rächt sich. Konzerne und private Investoren bestimmen den Wohnungsmarkt, anstatt kommunale oder genossenschaftliche Gesellschaften.

Gebaut wird nur, wenn es Profit bringt, was angesichts gestiegener Baupreise und Kreditzinsen aktuell nicht der Fall ist.



Schluss mit der Privatisierung von Grundstücken!

Statt weiter städtischen Grund an private Investoren zu verkaufen, muss die Stadt selber auf ihren eigenen Grundstücken Wohnungen zu günstigen Mietpreisen schaffen oder Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsbau-träger unterstützen.

Wir kämpfen für ein Umsteuern auf eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die nicht von Spekulationen und Profitinteressen getrieben wird. Die Linke setzt sich im Karlsruher Gemeinderat seit Jahren für Mieter*innen ein: für eine **Erhöhung der Sozialwohnungsquote**, die Einrichtung eines **sozialen Wohnungsfonds** oder auch die **Einführung eines Leerstandkatasters**. Wir fordern u.a., dass Zweckentfremdung und Mietwucher

stärker kontrolliert und geahndet werden. Wir streiten für eine Sozialbindung von mindestens 50% der Neubauwohnungen mit langjähriger Mietpreisbindung beim Neubau von Mietshäusern, für eine soziale Quartiersentwicklung, für Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und eine Wohnraum-Tauschbörse mit Mietpreisgarantie.

MIETEN RUNTER.

Volksantrag „Mieten runter“

Die Linke Baden-Württemberg sammelt seit April 2024 für den Volksantrag „Mieten runter“ Unterschriften. Damit soll die Landesregierung verpflichtet werden, die Mieten zu deckeln und die Verantwortung für den Wohnungsbau in die öffentliche Hand zurückzuholen. Nur so kann die Macht der Konzerne und Investoren eingedämmt und Spekulationen mit Wohnraum ein Ende bereitet werden. **Eine andere Mietpolitik IST möglich!**

Jetzt informieren und den Volksantrag unterschreiben:
www.die-linke-bw.de/mitmachen/mieten-runter



Anne Berghoff - Platz 3

Seit meiner Jugend engagiere ich mich für soziale Gerechtigkeit und gegen Rechts und habe so den Weg zum parteipolitischen Engagement bei Die Linke gefunden.

Ich bin als Referentin tätig und lebe seit über 12 Jahren in der Karlsruher Nordstadt.

In der momentanen Schieflage müssen wir dringend neu aushandeln, wie Karlsruhe für Alle lebenswert sein kann. Eine Stadtplanung, bei der die Bedürfnisse der Bürger*innen im Zentrum stehen und bei der mit Blick auf den Menschen gewirtschaftet wird, ist für mich ein wesentlicher Punkt. Darunter fällt insbesondere die Wohn-

und Mietpolitik. Es darf nicht sein, dass ein solch elementares Bedürfnis wie „ein Dach über dem Kopf haben“ Menschen in Existenznot bringt. Daher setze ich mich für mehr bezahlbaren Wohnraum und eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik – ohne Spekulation und Profitinteresse – ein. Zu einer lebenswerten Stadt gehört aber auch eine lebendige Kulturlandschaft für Alle. Teilhabe am kulturellen Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Gleichzeitig kann eine vielfältige Kulturlandschaft nur existieren, wenn Kulturschaffende unter guten Bedingungen arbeiten können. Kunst und Kultur dürfen nicht mit dem



„Ich möchte Stadträtin werden, um für ein Karlsruhe zu kämpfen, in dem die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.“

Taschenrechner in der Hand gegen Wohnen und Gewerbe ausgespielt werden. Karlsruhe braucht Kultur. Und Kultur braucht Karlsruhe.

Klima- und Verkehrswende. Aber mit Links!

Mit einer starken linken Stimme im Stadtrat wollen wir eine soziale Klima- und Verkehrswende in Karlsruhe eintreten. Unsere Vision: eine klimaneutrale, begrünte Stadt mit guter Luft und kurzen Wegen, wo sich alle sicher und günstig bewegen können.

Wir wollen die sozial-ökologische Transformation unserer Stadt vorantreiben; nicht nur damit Karlsruhe schnellstmöglich **klimaneutral wird bis spätestens 2035** sondern auch damit wir die Stadt für alle zugänglich machen und die Lebensqualität steigt.



Doch wie können wir das erreichen?

Die Stadt Karlsruhe muss sich hier ihrer Verantwortung bewusst werden, das heißt für uns, eine verbindliche Klimaschutzstrategie mit ausreichenden Investitionen in die Tat umzusetzen.

Die Kosten der Klimakatastrophe müssen aber sozial gerecht verteilt werden, Menschen mit wenig Geld dürfen nicht dafür geradestehen! Stattdessen müssen wir schnellstmöglich die **Umstellung auf erneuerbare Energien** inklusive der lokalen Wärmeversorgung vorantreiben und gleichzeitig Maßnahmen gegen Energiearmut treffen.



Zum Klimaschutz gehört für uns auch eine **ökologische und soziale Verkehrswende** – vom motorisierten Individualverkehr hin zu Bus & Bahn für alle! Wir fordern deshalb einen deutlich günstigeren und mittelfristig **kostenfreien öffentlichen Nahverkehr**, der auch wirklich barrierefrei ist.

Bei der Verkehrsplanung wollen wir den **Fuß- und Radverkehr priorisieren** und die Grüne Welle nach Kopenhagener Vorbild für zentrale Radwege einführen.



Außerdem wollen wir Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes sowie eine Ausweitung von Anwohnerparkzonen.

Während Karlsruhe aktiv Klima- und Umweltschutz betreiben muss, gilt es auch in der Stadt die Folgen des bereits einsetzenden Klimawandels möglichst stark abzumildern. Die Vermeidung von Flächenversiegelung sowie die **Ausweitung von Grünflächen** ist für uns hier ein zentrales Mittel, nicht nur um Hitzeschutz zu gewährleisten aber auch um die Aufenthaltsqualität etwa auf öffentlichen Plätzen und Straßen zu verbessern.

Darüber hinaus wollen wir eine nachhaltige Regionalentwicklung fördern z.B. durch gemeinnützige Innovations- und Organisationsmodelle, lokale Versorgungsnetzwerke und das aktive Vorleben umweltfreundlicher Praktiken durch die Stadt mit ihrer Vorbildfunktion!

Tanja Kaufmann - Platz 4

Seit meiner Schulzeit setze ich mich vor allem für mehr Jugendbeteiligung, Umweltschutz und feministische Kämpfe ein. Meiner Motivation mich für eine gerechte Gesellschaft einzusetzen, versuche ich auch durch meine Arbeit in der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung nachzugehen.

Ob privat oder beruflich, mich treibt die Vision eines sozial gerechten, ökologischen Wandels an. Doch die Veränderung, die es dafür braucht, fängt hier und jetzt an: in unserer Stadt und unserem Leben!

Deshalb habe ich mich entschlossen mich in die Kommunalpolitik einzubringen. Nach über 5 Jahren in Karlsruhe ist mir klar: Diese Stadt bietet großes Potenzial für eine gute Zukunft, muss aber für die Erreichung der Klimaziele konsequenter handeln und gleichzeitig sozialen Ausgleich schaffen. Klimagerechtigkeit ist für mich und die Linke zentral und sie ist die die einzige Partei, welche dafür die Wachstumslogik verabschiedet. Ich bin deshalb überzeugt, dass wir nur mit einer starken Linken im Gemeinderat eine nicht zu überhörende Perspektive



Ich kandidiere für den Gemeinderat, weil ich dafür kämpfen will, dass in Karlsruhe eine soziale und klimagerechte Zukunft gelebt werden kann.

einbringen können, um die Klima- und Verkehrswende auch wirklich sozial zu gestalten!

Bildungswende jetzt!

Mit diesem Bildungssystem wird die Zukunft von Generationen verspielt! Ein enormer Fachkräftemangel stößt auf ein Bildungssystem, das veraltet, unterfinanziert und sozial ungerecht ist. Kinder aus einem nichtakademischen Haushalt oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund werden systematisch benachteiligt. Marode Schulen und zu wenig Personal verschärfen die Bildungskrise weiter. Wir unterstützen deswegen die Forderungen der Initiative „Bildungswende Jetzt!“ . Mit einem Sondervermögen können Schulen saniert und die Löhne für Lehrkräfte und Erzieher*innen erhöht werden.



Kitastrophe beenden!

Seit 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf Kitas und dennoch ist Baden-Württemberg Schlusslicht bei der Bereitstellung ebendieser. Kitas sind ein wichtiger Bestandteil der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig kostet ein Platz derzeit bis zu 383 Euro – somit ist die Betreuung von unter Dreijährigen in

Karlsruhe unter den Top 5 der Teuersten in ganz Deutschland! Bereits 2019 gab es ein Volksbegehren für gebührenfreie Kita-Plätze, an dem auch wir beteiligt waren. Es wurde allerdings von der Landesregierung für unzulässig erklärt und von Ministerpräsident Kretschmann sogar persönlich abgelehnt. Das verdeutlicht einmal mehr, dass sich die grün-schwarze Landesregierung nicht für die Entlastung von Familien und Alleinerziehenden interessiert. Wir setzen uns ein für:

- die Entlastung von Familien durch angepasste und abgestimmte Betreuungsangebote, auch in den Schulferien, Teilhabe und Mitbestimmung aller Kinder sicherstellen und fördern.
- Bedarfspläne der Kommunen mit allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege abstimmen.
- Mehr Geld für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bildung und Erziehung von Kindern in Baden-Württemberg.
- die gebührenfreie Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung, -pflege und Grundschulen inklusive kostenlosem Mittagessen.

Bessere Bedingungen für Erzieher*innen

Die geplanten Gebührenerhöhungen, bei gleichzeitiger Einschränkung von

Öffnungszeiten, Standardabsenkungen und Verschlechterung des Personalschlüssels, sind in unseren Augen ein Skandal! Für uns steht fest: Der Besuch einer Kindertagesstätte muss von der Kommune gewährleistet werden.

Gleichzeitig braucht die frühkindliche Erziehung und Bildung gute pädagogische Fachkräfte, die für ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Arbeit besser bezahlt und anerkannt werden. In die Ausbildung von Erzieher:innen und ihre Weiterbildung muss noch stärker investiert werden.

Wir brauchen:

- landesweiter Ausbau von Teilzeitausbildungsstellen und der praxisintegrierten Ausbildungen. Bessere Ausbildung für die Aufgaben der Inklusion.
- Vereinfachte Anerkennung von ausländischen pädagogischen Abschlüssen zur schnelleren Integration in die pädagogische Praxis.



Serena Schmidt - Platz 5

Ich bin Lebensmitteltechnologin, wohne und arbeite seit 2013 in Karlsruhe und bin kürzlich Mutter geworden.

Durch meine eigene Biographie weiß ich, dass Chancengleichheit in unserer Gesellschaft nur eine Phrase ist. Armut ist kein individuelles Versagen, sondern politisch gewollt! Frauen sind besonders davon betroffen, durch schlechtere Bezahlung, Lücken durch Kinderbetreuung & Pflege, als Alleinerziehende und Rentnerinnen. Um das zu ändern, mache ich seit Jahren ehrenamtlich Linke Politik.

In den Krabbeltreffs begegne ich immer wieder Mütter und Väter, die noch nicht

wieder arbeiten können, weil sie keinen Kita-Platz haben, oder ihre Stelle wieder aufgeben müssen, wegen verkürzter Öffnungszeiten oder tageweiser Schließungen. Und dann sind da noch die Kita-Gebühren, die Höchsten im Bundesgebiet, die noch nicht einmal sozial gestaffelt sind. Die Familienpolitik in dieser Stadt schreit förmlich nach Lösungen von links!

Ich möchte mich im Gemeinderat dafür einsetzen, dass hier nicht nur sozial benachteiligte Menschen Hilfe erfahren, sondern diese auch direkt daran beteiligt werden Karlsruhe zu einem Ort zu machen, der die Bedürfnisse der



Ich möchte Stadträtin werden, damit Politik für die Menschen wieder spürbar relevant wird.

Menschen ins Zentrum nimmt, mit klugen Lösungen von und für die Bürger*innen.

Solidarität statt Spaltung!

Wir wollen ein solidarisches Karlsruhe. Für uns als Linke bedeutet das, gegen die soziale Spaltung anzugehen, die Umverteilung des Reichtums zu fordern, gegen Hass, rechte Hetze und Rassismus aufzustehen. Für uns heißt das: **Antifaschismus praktizieren.**

In den letzten Wochen sind viele Menschen gegen die Rechtsentwicklung, gegen die AfD, auf die Straße gegangen. Das ist gut so. Die Entwicklung seit den ersten Pegida-Demonstrationen und der Gründung der AfD ist erschreckend: der gesellschaftliche Konsens gegen faschistische Positionen wurde aufgeweicht, rassistische Positionen wurden Alltag, zunächst auf der Straße, in Talkshows und schließlich in den Parlamenten.

Doch **Forderungen der AfD in die Tat umzusetzen, schwächt diese nicht**, sondern bewirkt Normalisierung und Akzeptanz rechten Gedankenguts bis in die Mitte der Gesellschaft.



Das brutale Grenzregime an den Europäischen Außengrenzen kostet täglich Menschenleben, Landesregierungen – egal ob unter CDU, Grünen oder SPD – **brüsten sich mit immer mehr und härteren Abschiebungen** und das von der Bundesregierung und Bundestag frisch beschlossene „Rückführungsverbesserungsgesetz“ markiert einen vorläufigen, traurigen Höhepunkt einer Politik, die rechten Forderungen übernimmt und praktisch werden lässt.

Statt sich den gesellschaftlichen Problemen wie Alters- und Kinderarmut,

Löhnen und Renten, die kaum zum Leben reichen, steigenden Mieten und fehlendem Wohnraum, maroder Gesundheitsversorgung, untragbaren Zuständen in den KiTas, aber auch der Klimakatastrophe zuzuwenden, werden Milliarden für die Aufrüstung ausgegeben und in den Haushalten von der Bundes- und den Landesregierungen von unten nach oben umverteilt.



Gekürzt wird immer am Sozialen, der Sozialstaat wird ausgehöhlt. Während Reiche immer reicher und nicht überproportional besteuert werden oder zum Mittel der Vermögenssteuer

gegriffen wird, werden Bürgergeld-Empfänger*innen als Schmarotzer diffamiert. Während die Welt sehenden Auges in die Klimakatastrophe steuert, werden Klimaaktivisten als „neue Terroristen“ bezeichnet.

Faschisten und Rechten entgegentreten

Rechte schüren Vorurteile und Ängste. Die Linke streitet für eine politische Wende:

für wirksame Partizipation der Bürger*innen im politischen Alltag, einen **starken Sozialstaat, gute Löhne, bezahlbaren Wohnraum und sozial ausgeglichenen Klimaschutz.** Rechte Propaganda ist ein „nach unten treten“ – sie trifft immer Menschen, die noch weniger haben, gönnt ihnen nicht einmal ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit. Da geht es gegen die Bürgergeldbeziehenden, gegen Obdachlose, weiter gegen Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete. Rechte Politik greift nicht den unverschämten

Reichtum einiger weniger an, sondern ist der Versuch mit Existenzängsten die Gesellschaft zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

Unsere Alternative heißt Solidarität!

Wir treten für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft ein und streiten für eine Stadt, die Menschenrechte verwirklicht – **Karlsruhe muss seiner Rolle als „Sicherer Hafen“ endlich gerecht werden**, Geflüchtete besser versorgt und die Integrationsarbeit finanziell und personell gestärkt werden. Gleiches gilt für zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen rechts engagieren. **Die Stadt muss sich deutlich gegen die Kriminalisierung von Antifaschist*innen positionieren.** Die Linke kämpft für ein solidarisches Karlsruhe. Wir stellen uns gegen diejenigen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise herabwürdigen, bedrohen oder ihnen ihre Rechte absprechen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen rechten und faschistischen Gruppierungen lehnen wir ab und fordern, dass alle demokratischen Parteien die Zusammenarbeit mit der AfD konsequent verweigern und sie in keiner Weise im politischen Diskurs integrieren. Es gibt kein Recht auf menschenverachtende Propaganda, weder auf der Straße noch im Gemeinderat!



Karlsruhe mit Links.

Die Linke

Kreisverband
Karlsruhe

In dieser Zeit finden sich viele gute Gründe, sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Frieden, bezahlbaren Wohnraum und gegen Nazis zu engagieren. Denn sozialer Fortschritt wird immer erkämpft und es hat sich gezeigt, wer eine Welt für alle will, muss sie den Reichen entreißen! Wir wollen gemeinsam mit und nicht nur für Menschen Politik machen. Eine demokratische Partei wie Die Linke, die auch keine Parteispenden annimmt, lebt mit ihren Mitgliedern. Nur wenn viele sich einbringen und engagieren ändert sich was! Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, bei uns mitzumachen.

Unsere Liste für die Kommunalwahl 2024

1. Franziska Buresch
2. Christina Zacharias
3. Anne Berghoff
4. Tanja Kaufmann
5. Serena Schmidt
6. Jürgen Ringwald
7. Anna Frey
8. Johannes Schmidt
9. Mathilde Göttel
10. Philipp Frey
11. Leyla Duran
12. Elwis Capece
13. Alexandria Dritschler
14. Wolfgang Opferkuch
15. Ayla Schlegel
16. Rudolf Bürgel
17. Sabine Skubsch
18. Moritz Tremmel
19. Karin Binder
20. Sebastian Becker
21. Anete Wellhöfer
22. Roland Zöller
23. Sabine Zürn
24. Maximilian Hennecke
25. Sibylle Nies de Alva
26. Jean-Paul Marienfeld
27. Julie Bürkle
28. Alexander Dürrhauer
29. Miriam Dieterich
30. Sascha Gruber
31. Silke Falk
32. Matteo Foschi
33. Franziska Bauer
34. Andreas Hensel
35. Ilayda Kohl
36. Gerhard Lembach
37. Isabel Limerov
38. Daniel Wlostowski
39. Alena Schmitt
40. Maurice Knaus
41. Silke Gilliard
42. Klaus Krug-Beutner
43. Edith Ringwald
44. Daniel Öffner
45. Monika Bischof
46. Nicolas Herrmann
47. Claudia Wannersdorfer
48. Dr. Gregor Klein



www.dielinke-ka.de

Schützenstraße 46, 76137
Telefon: 0721 - 35 48 93 42
Email: info@dielinke-ka.de
Facebook: [fb.com/dielinkekarlsruhe](https://www.facebook.com/dielinkekarlsruhe)
Instagram: [/dielinkekarlsruhe](https://www.instagram.com/dielinkekarlsruhe)
Twitter: [@dielinke_KA](https://twitter.com/dielinke_KA)



Du willst aktiv werden?

Dann komm doch zu unseren Aktiventreffen! Wir treffen uns jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 18:30 Uhr im Büro in der Schützenstraße 46. Dafür musst du kein Parteimitglied sein - wenn du es aber trotzdem werden willst, freut uns das natürlich sehr!

Oder melde dich bei unserem Verteiler Linksaktiv an. Hier informieren wir Dich über wichtige Termine und Ereignisse. Wir freuen uns auf Dich! Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

Informiere dich



Linksaktiv - Unser Aktivennetzwerk für Proteste auf der Straße, im Netz und im Wahlkampf

Werde Mitglied

Eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft entsteht dann, wenn wir uns gemeinsam einbringen und wir gerade in der heutigen Zeit rechten Hetzer*innen nicht das Feld überlassen!

